

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen** der Stadt Burgdorf am **30.11.2009** Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hannoverschen Tor 1, 31303 Burgdorf

16.WP/WuF/032

Beginn öffentlicher Teil: 16:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 18:59 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 17:58 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 18:07 Uhr

Anwesend: **Vorsitzender**

Rohde, Paul

Mitglied/Mitglieder

Braun, Hartmut
Ethner, Regina
Leppert, Florian
Lüddecke, Dieter
Pilgrim, Adolf-W.
Schulz, Kurt-Ulrich

stellv. Vorsitzender

Hinz, Gerald

Beratende/s Mitglied/er

Apel, Robert
Rheinhardt, Michael

ab TOP 6, 16.07 Uhr

Bürgermeister

Baxmann, Alfred

Verwaltung

Gawert, Ulrike
Hammermeister, Lars
Herbst, Rainer
Horn, Frank
Kauter, Theo
Philipps, Lutz
Scholz, André
Strecker, Dagobert
Twesten, Manfred
Voutta, Jens

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 09.11.2009 und 23.11.2009
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen laut Geschäftsordnung
5. Neufassung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2009 0649
6. Fortsetzung der Projektarbeit in Kindertagesstätten
Vorlage: 2009 0635
7. Zuschuss Kindertagesstätte Fröbelweg
Vorlage: 2009 0613
8. Entwurf Haushaltssatzung 2010
Vorlage: 2009 0619
9. Entwurf Investitionsprogramm 2010
Vorlage: 2009 0620
10. Haushaltssicherungskonzept
11. Stellenplanentwurf 2010
Vorlage: 2009 0573
12. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Rohde eröffnete um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wurde in der dieser Niederschrift vorangestellten Form einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 09.11.2009 und 23.11.2009

Frau Ethner bat darum, den Absatz 3 auf Seite 4 der Niederschrift vom 09.11.2009 wie folgt zu ändern:

,Frau Ethner merkte an, dass eine Gegenüberstellung der Vorjahresdaten zu

den Plandaten 2010 pro Einzelposten aufgrund der neuen Systematik und Struktur nach ihrer Erfahrung mit derartigen Systemänderungen nicht möglich sei. Sie hat stattdessen vorgeschlagen, bei den Produktgruppen 2010 die Haushaltsstellen der Plandaten 2009 zu hinterlegen. Das würde den Abgleich der geplanten Aufwendungen und ggf. Erträge der beiden Jahre, da, wo er für nötig gehalten wird, erleichtern.'

Mit dieser Änderung wurde die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 09.11.2009 bei 1 Enthaltung genehmigt.

Da die Niederschrift über die Sitzung vom 23.11.2009 noch nicht vorlag, muss diese in der nächsten Sitzung beschlossen werden.

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- K e i n e -

4. **Anfragen laut Geschäftsordnung**

- K e i n e -

5. **Neufassung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Burgdorf Vorlage: 2009 0649**

Nach kurzer Erläuterung der Vorlage durch **Herrn Philipps** wurde folgender einstimmiger Beschluss gefasst:

„Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt dem Rat, den nachfolgend formulierten Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, die als Anlage 1 der Vorlage Nr. 2009 0649 sowie der Originalniederschrift als Anlage beigefügte Neufassung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Burgdorf zu erlassen.'

6. **Fortsetzung der Projektarbeit in Kindertagesstätten Vorlage: 2009 0635**

Herr Strecker erklärte, dass sich der Jugendhilfeausschuss der Beschlussempfehlung zur Vorlage angeschlossen habe.

Frau Ethner bat darum, regelmäßig Berichte zur Projektarbeit sowie den erreichten Zielen abzugeben.

Hierzu erklärte **Herr Baxmann**, dass durch die Leiterinnen der Kindertagesstätten eine regelmäßige Berichterstattung über die Projekte im Jugendhilfeausschuss erfolge. Allerdings sei es hierbei nicht möglich, ‚Ziele zu messen‘ und dieses zu dokumentieren.

Anschließend fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen folgenden einstimmigen Beschluss:

,Der Ausschuss Wirtschaft und Finanzen empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, den nachstehend aufgeführten Beschluss zu fassen:

Der Verwaltungsausschuss stimmt zu, dass für die Fortführung der Projektarbeit in den Kindertagesstätten maximal über die Hälfte der im Haushalt für das Jahr 2010 dafür bereitgestellten Projektmittel vor Inkrafttreten der Haushaltssatzung verfügt werden kann.'

**7. Zuschuss Kindertagesstätte Fröbelweg
Vorlage: 2009 0613**

Herr Strecker erläuterte, dass der Jugendhilfeausschuss empfehle, zusätzlich für die in der Vorlage angesprochene Hochebene einen Betrag von 2.000,00 € zur Verfügung zu stellen, so dass zusammen ein Betrag von 13.700,00 € als Zuschuss gezahlt werden sollte.

Dieser Empfehlung folgte der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen und fasste folgenden einstimmigen Beschluss:

,Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt dem Verwaltungsausschuss der Stadt Burgdorf, den nachstehenden Beschluss zu fassen:

Der Verwaltungsausschuss beschließt:

Die Kirchengemeinde erhält für

- a) den Einbau eines Personal-WC's,**
- b) die Unterhaltung des Außengeländes und**
- c) die Beschaffung von zwei Holzhäusern sowie die Zaunerneuerung**

einen Zuschuss in Höhe von 11.700,00 €, jedoch maximal 50 % der jeweiligen Kosten sowie zusätzlich einen Betrag von 2.000,00 € für die Anschaffung einer Hochebene bzw. einer Po-destlandschaft mit Rutsche.

Die Finanzierung steht unter dem Vorbehalt, dass der Rat in dem zu beschließenden Haushalt für das Jahr 2010 die entsprechenden Mittel bereitstellt.'

**8. Entwurf Haushaltssatzung 2010
Vorlage: 2009 0619**

Herr Rohde bemängelte, dass die Verwaltung nicht die von ihm geforderte Liste über die freiwilligen Leistungen vorgelegt habe.

Hierzu erklärte **Herr Baxmann**, dass es nicht einfach sei, solch eine Liste zu erstellen. Im weitesten Sinne seien z.B. Fortbildungskosten u.ä. auch freiwillige Leistungen, die aber bereits auf ein Minimum reduziert seien, so dass hier z.B. kein Einsparpotential mehr vorhanden sei. Es müsse erst einmal definiert werden, welches freiwillige Leistungen sind, die in den einzelnen Abteilungen abgefragt werden müssen. Insofern sei die Aufstellung einer solchen Liste schon ein erheblicher Verwaltungsaufwand.

Herr Philipps erklärte, dass in der vorliegenden aktualisierten Liste die

Veränderungen grau hinterlegt seien.

Herr Pilgrim schlug vor, die einzelnen Positionen der Liste durchzugehen und bei Bedarf entsprechende Fragen zu stellen.

Die lfd. Nrn. 1 und 2 der Liste des Ergebnisplans wurden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Zur Nr. 3 fragte **Herr Pilgrim** nach, ob es verantwortbar wäre, die Feuchte-sanierung in der Prinzhornschule zu verschieben. Hierzu erklärte **Herr Philipps**, dass dieses nach Einschätzung der Fachabteilung möglich sei.

Auf Nachfrage von **Herrn Schulz** zur Verschiebung der Heizungsinstallation in der Grundschule Otze erklärte **Herr Philipps**, dass die Bezeichnung hier irreführend sei. Es werden nur die Heizungsrohre und –körper ausgetauscht sowie eine Dämmung der Rohre vorgenommen. Da zunächst die Fenster in der Schule ausgetauscht werden, sei es durchaus vertretbar, die Maßnahme zu verschieben.

Anschließend wurde die Nr. 3 in der Liste zustimmend zur Kenntnis genommen.

Zu Nrn. 4 und 6 der Liste besteht noch Beratungsbedarf in den Fraktionen.

Die Nrn. 5 und 7 bis 26 wurden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Zu Nr. 27 besteht ebenfalls noch Beratungsbedarf. Die Nrn. 28 bis 34 wurden zustimmend zur Kenntnis genommen. Zu lfd. Nr. 33 – Regionsumlage – erklärte **Herr Philipps**, dass der Regionspräsident signalisiert habe, der Politik keine Anhebung der Hebesätze vorzuschlagen.

Hinsichtlich der lfd. Nr. 23 der Liste des Finanzplans – Stadtstraßenumbau – besteht noch entsprechender Beratungsbedarf der Fraktionen.

Herr Schulz bat darum, im Protokoll darzustellen, welche Positionen der jetzt verbliebene Ansatz von 770.000 € beinhaltet.

(Der Ansatz beinhaltet den Umbau der Bahnhofstraße mit Kreisverkehrsplatz Bahnhofstraße/Hochbrücke sowie den Straßenbau der Louisenstraße. Sollte die Einbahnstraßenregelung nach dem Antrag der SPD-Fraktion zum Tragen kommen, würde sich der Ansatz um 33.000 € erhöhen).

Zu Nr. 24 der Liste wies **Herr Herbst** darauf hin, dass es sich bei dem Ansatz von 10.000 € lediglich um die Planungskosten für den Radweg handele. Auch hier besteht noch Beratungsbedarf.

Die Nrn. 35 und 36 wurden nicht abschließend behandelt, da hier ebenfalls noch Beratungsbedarf bestehe.

Zu Nr. 37 bis 40 erklärte **Herr Herbst**, dass aufgrund des aufzustellenden Friedhofsentwicklungsplanes noch keine Einzelmaßnahmen festgelegt werden können. Aus diesem Grund wurden die drei aufgeführten Einzelmaßnahmen in Höhe von insgesamt 28.000 € unter der neuen Bezeichnung ‚Umgestaltung Stadtfriedhof Burgdorf‘ zusammen gefasst. Die dann später durchzuführenden Maßnahmen werden der Politik über eine Vorlage zur Beratung gegeben.

Herr Philipps ergänzte die Ausführungen dahingehend, dass für den Friedhof Otze ein Ansatz von 30.000 € für eine Urnenwand im Haushalt eingestellt sei. Auch hier sei die Bezeichnung in ‚Friedhofsumgestaltung Otze‘ geändert worden, um zu prüfen, ob evtl. andere Maßnahmen für Urnenbestattungen durchgeführt werden können.

Anschließend trug **Herr Hinz** Änderungsvorschläge der SPD-Fraktion zum Haushaltsplan 2010 vor:

Wie bereits in der Liste aufgeführt, soll der Ansatz für die Schulbeihilfen in Höhe von 30.000 € gestrichen werden, dafür soll ein Ansatz in gleicher Höhe für einen Aktiv-Pass gebildet werden.

Für den ev. Kindergarten im Fröbelweg soll – wie im Jugendhilfeausschuss vorgeschlagen – zusätzlich ein Zuschuss von 2.000 € für die Anlegung einer Hochebene eingestellt werden.

Der Ansatz von 228.000 € für den Ausbau der Busspur verlängerte Moorstraße soll gestrichen werden.

Der Ansatz im Produkt 54400 für den Kreisel B 188 / B 443 soll gestrichen werden.

Für die Einbahnstraßenregelung Poststraße soll der Betrag von 33.000 € zusätzlich aufgenommen werden.

Der Ansatz von 120.000 € für die Sanierung der Oberen Marktstraße soll auf 2012 verschoben werden.

Hierzu merkte **Herr Herbst** an, dass die Aufwendungen für die Reparaturen bzw. Ausbesserungen dann aber steigen werden.

Herr Rohde war der Meinung, dass es Aufgabe des Bürgermeisters sei, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen bzw. entsprechende Vorschläge zur Reduzierung des Fehlbetrages zu machen.

Herr Pilgrim erklärte, dass es theoretisch einfach sei, den Haushalt auszugleichen. So könnte man z.B. den Zuschuss für die Bäder von 1,5 Mio. € streichen, dann müssten die Bäder schließen. Auch könnte z.B. das Jugendamt abgeschafft werden, was eine erhebliche Einsparung bedeuten würde. Aber dies alles könne nicht ernsthaft gewollt sein. Man könne nur hoffen, dass sich die Wirtschaftslage bessern werde und insbesondere die Steuereinnahmen und die Zuweisungen im Rahmen des Finanzausgleichs wieder steigen.

Im Jugendhilfeausschuss – so **Herr Pilgrim** – sei über eine Tischvorlage mitgeteilt worden, dass die Kindertagesstätte Sorgensen nicht mehr voll ausgelastet sei. Da aber der Bedarf an Tagesbetreuung für Krippenkinder ansteige, solle geprüft werden, in dieser Tagesstätte Kinder im Alter von zwei bis drei Jahren zu betreuen.

Herr Strecker ergänzte, dass bei einer Umsetzung ab 01.08.2010 zusätzliche Personalkosten von 12.000 € sowie 2.000 € für Verpflegungskosten im Haushalt aufzunehmen wären.

Anschließend wurde der Tagesordnungspunkt verlassen.

9. Entwurf Investitionsprogramm 2010
Vorlage: 2009 0620

Herr Schulz erkundigte sich, ob der gebildete Ansatz 2012 für Grundstückskäufe als realistisch eingeschätzt werden könne. Dieses wurde von **Herrn Scholz** bejaht.

Herr Rohde regte an, den Ansatz von 20.000 € im Jahr 2011 für die Anschaffung eines Spielschiffes auf dem Spielplatz Norderneystraße zu überdenken.

Anschließend wurde der Tagesordnungspunkt verlassen.

10. Haushaltssicherungskonzept

Da noch Beratungsbedarf in den Fraktionen bestehe, wurde der Tagesordnungspunkt vertagt.

11. Stellenplanentwurf 2010
Vorlage: 2009 0573

Herr Pilgrim erklärte für die Mehrheitsgruppe, dass die im Stellenplan ausgewiesene Teilzeitstelle im Fachbereich 1 (Jugendverwaltungsabteilung) zwar auf eine Vollzeitstelle ausgeweitet werden, jedoch weiterhin als befristete Stelle geführt werden sollte.

Den übrigen Änderungen im Stellenplan stimmte die Mehrheitsgruppe zu.

Dieser Empfehlung schlossen sich die übrigen Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen einstimmig an.

12. Anregungen an die Verwaltung

Herr Rohde wies darauf hin, dass in der Gartenstraße schon seit längerem ein Werbeanhänger abgestellt sei.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Stadtrat

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin